Erscheint 6 mal wöchentlich.
Monatlicher Bezugspreis durch Träger einschl. 30 Pfg. Bringerlohn 1.70; durch die Post 1.70 einschließlich Postüberweisungsgebühr, zuzüglich 36 Pfg. Post-Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pfg., Sonn- u. Festtagsnummer 20 Pfg. Abbestellungen müssen spätestens eine Woche vor Ablauf des Bezugszeit schriftlich beim Verlag eingegangen sein. Unsere Träger dürfen keine Abbestellungen entgegennehmen.

Sächsische Volkszeitung

Nummer 269 — 35. Jahrg.

Verlagsort Dresden.
Anzeigenpreise: die 1spaltige 22 mm breite Zeile 6 Pfg.; für Familienanzeigen 4 Pfg.
Für Platzwünsche können wir keine Gewähr leisten.

Schriftleitung: Dresden-A., Pollerstr. 17, Fernruf 20711 u. 21012
Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Germania Buchdruckerei u. Verlag Th. u. G. Winkel, Pollerstraße 17, Fernruf 21012, Postscheck: Nr. 1028, Bank: Stadtbank Dresden Nr. 9492

Dienstag, 17. November 1936

Im Falle von höherer Gewalt, Verbot, eintretender Betriebsstörungen hat der Bezieher oder Werbungtreibende keine Ansprüche, falls die Zeitung in beschränktem Umfange, verspätet oder nicht erscheint. Erfüllungsort ist Dresden.

Madrids Universitätsviertel genommen

Der Erfolg der Kämpfe am Sonntag

Ein Telegramm General Francos

St. Jean de Luz, 16. Nov. General Queipo de Llano hat am späten Sonntagabend über den Sender Sevilla folgendes amtliches Telegramm des Generals Franco aus Salamanca verlesen, wobei er bemerkte, daß er Befehl des Generals Franco habe, das Telegramm wörtlich und ohne jeden Kommentar weiterzugeben:

„Seit dem frühen Morgen haben an der Front von Madrid die roten Milizen angegriffen, woraus sich ein heftiges Gefecht entwickelte, das bis 1 Uhr mittags dauerte. Zu dieser Stunde waren die Roten nicht nur bis zu ihren Stellungen zurückgeworfen worden, sondern es wurden auch unter heftigem Gewehrfeuer und Handgranatenangriffen die Gräben ihrer Verteidigungslinien genommen. Die Roten haben zwei Eisenbahnbrücken der Nordbahn über den Manzanares, ungefähr 300 m vom Nordbahnhof entfernt, gesprengt. Von diesem Augenblick an begann der Angriff mit Tanks, denen Infanterie folgte, die in ihrem Angriffseifer sogar die Tanks überholte.

Die Universitätsstadt wurde vollkommen eingenommen.

Darauf setzten um 17 Uhr drei Abteilungen unter Führung des Obersten Yague den Vormarsch über Vomlilla, Paseo de Rosales und in die Straßen von Madrid fort, wobei ein merkliches Nachlassen des roten Widerstandes zu merken war." — Der General schloß mit einem „Viva España".

Ueber diese Kämpfe wird noch bekannt: Um die Widerstandslinien der Roten zu brechen, mußten alle Kräfte eingesetzt werden, da unter sowjetrussischer Leitung die Linien und Gräben auf das modernste angelegt waren. Während der Kämpfe wurde

das sog. „internationale Bataillon" vernichtend geschlagen.

Die roten Milizen wurden von ihrer sowjetrussischen Führung in großen Massen gegen die Linien der Nationalisten geworfen, ohne Rücksicht auf die dadurch verursachten großen Verluste der Roten. Jeder, der zurückwich, wurde sofort erschossen. Trotz dieser verzweifelten Maßnahmen und trotz Verwendung des neuesten sowjetrussischen Kriegsmaterials wurden die roten Linien glatt durchbrochen.

Ueber den Sender Sevilla gab General Queipo de Llano am Sonntagabend noch bekannt, daß bei den erbitterten Kämpfen im südlichen Madrid das vollständig geschlagene „internationale Bataillon" über 200 Tote, 2 Tanks und viel anderes Kriegsmaterial zurückgelassen hat. Weiter berichtete der General, daß am Sonntag auch zwei rote Flieger in der Umgebung Madrids abgeschossen wurden.

General Queipo de Llano hat, wie hier bekannt wird, in der Nacht zum Montag noch ein Ferngespräch mit General Franco geführt, der ihn von dem Fortgang der Operationen vor und in Madrid unterrichtete. Danach haben die nationalen Truppen ihr Vorrücken fortgesetzt und weitere Straßenzüge von Madrid selbst eingenommen.

•

Eingeständnisse der Roten

Salamanca, 16. Nov. Der rote Sender Madrid fordert die Bevölkerung der Hauptstadt auf, sich angesichts der dauernden Angriffe der nationalistischen Flieger nicht auf den Straßen und Plätzen zu zeigen und sofort bei Erscheinen nationaler Flieger die vorgeschriebene Deckung zu suchen. — Der rote Sender Bilbao gibt die erfolgreiche Bombardierung militärisch wichtiger Punkte Madrids durch nationale Flieger zu. Er stellt fest, daß das Ministerium der öffentlichen Arbeiten beim Südbahnhof durch Bomben schwer beschädigt worden ist.

Der nationale Sender Cadiz berichtet, daß ein auf dem Madrider Südbahnhof stehender Panzerzug der Roten von nationaler Artillerie völlig zerstört worden sei, wobei ein großer Teil der Insassen ums Leben gekommen sei. Weiter meldet der Sender, daß die roten Machthaber in Madrid unter Androhung des Erschießens die Uebersiedlung der Madrider Einwohnerschaft in das von General Franco als vor nationalen Fliegerangriffen gesicherte Stadtviertel zu verhindern versuchten. — Die anarchistische Leitung in Alicante verweigere Marxistenführern und marxistischen Abordnungen die Ausreiseerlaubnis nach Frankreich, da sie eine Flucht der Marxisten befürchte.

•

Die Sowjets liefern weiter

St. Jean de Luz, 16. Nov. Nach amtlichen Nachrichten aus Bukarest sind vor zwei Tagen in Odessa neun sowjetrussische Schiffe mit Kriegsmaterial für die spanischen Roten gesichtet worden. — In Bilbao sind 36 Bombenflugzeuge sowjetrussischer Herkunft angekommen.

Die Freiheit der deutschen Wasserstraßen

Auslandsstimmen zu der Erklärung der Reichsregierung

Die Beurteilung in der Schweiz

Basel, 16. November. Die Aufhebung der Versailler Schiffahrtsbestimmungen durch Deutschland (siehe den Text der Erklärung der Reichsregierung auf Seite 8) wird von der Schweizer Presse in großer Aufmachung wiedergegeben. Als Rheinuferstaat und Mitglied der Internationalen Rheinzentralkommission sieht sich die Schweiz durch den deutschen Schritt vor wichtige Entscheidungen gestellt. Der Güterverkehr von der Nordsee bis nach Basel mit seinen über 2 Millionen Tonnen Umschlag im Baseler Rheinhafen stellt eines der wichtigsten wirtschaftlichen Objekte des Landes dar. Wie es heißt, verhehlt man auch im Bundeshaus nicht, daß die Schiffahrtsklausel vertraglich neugeordnet werden müsse, und die in Betracht kommenden Instanzen werden die Anweisung erhalten, baldigst die Vorbereitungen für kommende neue Verhandlungen zu treffen. Im übrigen spricht man von einer großen Ueberraschung, die der deutsche Schritt sowohl in den offiziellen Kreisen der Bundesstadt wie auch in der breiten Oeffentlichkeit hervorgerufen habe.

Die „Basler Nachrichten" sind der Ansicht, daß die Preisgabe der Bestimmungen von Versailles für die deutschen Ströme praktisch für die Binnenschiffahrt keine Aenderung bedeuten. Dagegen vertritt die „Nationalzeitung" die Auffassung, daß durch die einseitige Aufhebung des internationalen Rheinstatuts vor allen Dingen die Schweiz betroffen werde, die dadurch des Rechtes der freien Schiffahrt von Basel bis zum Meere beraubt werde. (?)

Amtliche französische Stellungnahme

Paris, 16. Nov. Das französische Außenministerium gibt bekannt: „Die deutsche Kündigung der Bestimmungen des Versailler Vertrages, die sich auf die deutschen Flüsse beziehen, sowie der Flußschiffahrtsakte, die auf diesen Bestimmungen aufgebaut sind, erfolgt in dem Augenblick, in dem die zentrale Rheinschiffahrtskommission, die in Straßburg versammelt ist, im Begriffe stand, Bestimmungen in Kraft zu setzen, die an die Stelle der betreffenden Klauseln des Versailler Vertrages treten sollen. Die französische Regierung verständigt sich mit den anderen interessierten Regierungen. Sie hat im übrigen ihrer Abordnung in Straßburg Weisungen erteilt, damit der Modus vivendi gekündigt wird, der am 4. Mai 1935 von der zentralen Rheinschiffahrtskommission festgelegt worden war. Dieser Modus vivendi sollte am 1. Januar 1937 in Kraft treten."

Bezüglich der Kündigung der Flußschiffahrtsbeschränkungen des Versailler Vertrages durch Deutschland nimmt man in französischen politischen Kreisen an, daß die Pariser Regierung ihre diplomatischen Vertreter in den ebenfalls interessierten Ländern beauftragt hat, wegen eines gemeinsamen Protestschrittes in Berlin vorzufühlen. Eine Entscheidung werde der Quai d'Orsay aber erst treffen, wenn die Berichte der französischen diplomatischen Auslandsvertreter vorliegen.

Vor einer Erklärung Edens

London, 16. November. Außenminister Eden gibt voraussichtlich am heutigen Montag im Unterhaus eine Erklärung über die deutsche Note zur Wiederherstellung der Oberhoheit über die Wasserstraßen ab. Das amtliche Reuterbüro faßt den Eindruck des deutschen Schrittes dahin zusammen, daß er zwar nicht „populär" sei, aber Europa nicht erschüttert habe. Die vollen Auswirkungen der Berliner Note würden heute von den zuständigen Regierungsabteilungen geprüft werden.

Der diplomatische Korrespondent der „Times" schreibt, in London messe man dem deutschen Schritt eine größere psychologische als materielle Bedeutung bei. Der Korrespondent erwähnt, wie auch andere Blätter, die von amtlicher Seite inspirierte Auffassung, daß es bedauerlich sei, daß Deutschland nicht wie die Türkei im Falle der Dardanellenkonvention den Verhandlungsweg eingeschlagen habe. „Daily Mail" hält es nicht für wahrscheinlich, daß England irgendwelche Schritte ergreifen werde.

Der außenpolitische Redakteur des „Daily Herald" schreibt, durch sein Vorgehen habe Deutschland sich von allen Vertragsbeschränkungen auf deutschem Gebiet befreit. Nur zwei Länder — die Tschechoslowakei und die Schweiz — würden betroffen. Aber Deutschland verspreche die Freiheit der Schiffahrt für alle, wenn es dieselben Rechte von den anderen Staaten erhalte.

Das Rothermere-Blatt „Daily Mail" schreibt,

daß nur völlig verblendete Leute dem deutschen Schritt nicht zustimmen würden.

Nachdem man gewußt habe, daß Deutschland eine ausländische Einmischung in seine großen Flüsse als unerträglich betrachte, hätte man genügend Staatskunst aufbringen sollen, um rechtzeitig eine ruhige Revision herbeizuführen. Ein großer Teil der öffentlichen Meinung in England und anderswo habe diese Revision schon vor Jahren befürwortet. Die britische Regierung habe sich hinter dem Völkerbund versteckt, anstatt offen einem neuerstandenen Deutschland entgegenzukommen. Damit sei jene Vertragsänderung in aufsehenerregender Weise Europa aufgezwungen worden, anstatt daß man sie vorher als unvermeidlich erkannt und in freundschaftlicher Weise herbeigeführt hätte.

Rom: „Eine logische Notwendigkeit

Rom, 16. Nov. Die deutsche Ablehnung der Versailler Bestimmungen über die deutschen Binnenwasserstraßen findet in der römischen Presse lebhafte Beachtung. Ohne eigentliche Stellungnahme beschränken sich die Auslandsberichte darauf, die logische Notwendigkeit dieses Entschlusses darzutun. Der Pariser

Neuer Schlag gegen das Sudetendeutschtum

Angriff auf die Selbstverwaltung der Gemeinden

Prag, 16. November. Die Prager Regierung holt zu einem neuen Schlage gegen das Sudetendeutschtum aus. Im Staatshaushaltausschuß des Prager Abgeordnetenhauses hat der tschechisch-agrarische Abgeordnete Martinasek als Berichterstatter für das Kapitel Innenministerium erklärt, das Hauptaugenmerk des Innenministers sei darauf gerichtet, den Ausbau der inneren Verwaltung des Staates mit dem Ausbau der Armee Hand in Hand gehen zu lassen. Das Innenministerium bereite die

Einführung staatlicher „Gemeindesekretäre"

vor. Diese Einrichtung hänge mit der Sicherung der Grenzgebiete zusammen. Es handele sich hierbei um die Ausdehnung einer Einrichtung des ungarischen Rechtes auf Böhmen, Mähren und Schlesien. Der Berichterstatter teilte weiter mit, daß die Einführung dieser „Gemeindesekretäre" in Zusammenhang mit der Schaffung der sogenannten Verteidigungswache stehe. Das beweist, daß solche Gemeindesekretäre vor allem im deutschen Grenzgebiet ernannt werden sollen, wo auch die „Verteidigungswache" eingesetzt wird. Innenminister Cerny hat bald darauf im Parlament das Vorliegen solcher Pläne des Innenministeriums bestätigt. Damit ist nunmehr auch amtlich zugegeben worden, daß die tschechoslowakische Regierung tiefe Eingriffe in die ohnehin schon stark beschränkte sudetendeutsche Gemeindeselbstverwaltung vornehmen und diese damit praktisch aufheben will.

Die Tatsache, daß bei der Errichtung neuer staatlicher Gemeindesekretärstellen ein ungarisches Beispiel nachgeahmt wird, läßt Rückschlüsse auf die Rolle zu, die die Selbstverwaltungsorgane der sudetendeutschen Gemeinden nach dem Willen Prags in Zukunft spielen sollen. Der „Gemeinde-Notär" im alten Ungarn, der das Vorbild bei der Neuregelung sein soll, ist Staatsbeamter und den Gemeinden als Aufsichtsperson übergeordnet gewesen. Seine einzige Aufgabe war, den Willen der Regierung unter allen Umständen in den Kommunen durchzusetzen, vor allem aber in Minderheitenfragen den Regierungskurs rücksichtslos zu verfechten. An dieses Vorbild wird sich Prag nun halten. Damit wird klar, daß die eigentliche Leitung der sudetendeutschen Gemeinden durch einen vom Staate eingesetzten Beamten ausgeübt werden soll und damit die bisherigen Selbstverwaltungsorgane zu lediglich beratenden Körperschaften herabsinken werden.

•

Wie die Tschechoslowakei rüstet

Prag, 16. Nov. Mit welch ungeheurem Kostenaufwand die Tschechoslowakei aufrüstet, geht aus einem Bericht hervor, den der Abgeordnete Vrbik im Haushaltsausschuß des Prager Abgeordnetenhauses erstattete. Danach wird der Aufwand für die Heeresverwaltung aus drei Quellen gedeckt. 1200 Millionen Kronen werden dem laufenden Voranschlag entnommen, 6,5 Milliarden dem im Jahre 1936 gegründeten Rüstungsfonds und 4 Milliarden Kronen der Staatsverteidigungsanleihe. Der außerordentliche Rüstungsaufwand für dieses Jahr überschreitet demnach 10 Milliarden Kronen. Für den außerordentlichen Aufwand müssen noch 438 Millionen Kronen gerechnet werden, die für den laufenden Bedarf der Arbeitsanleihe entnommen werden. Der ordentliche Heeresaufwand beläuft sich demnach in diesem Jahre auf 1800 Millionen Kronen, um 100 Millionen Kronen mehr als im Vorjahr. Ein gleich hoher Betrag soll auch in den nächsten Jahren aufgewendet werden.

Schacht in Ankara

Ankara, 16. Nov. Reichsbankpräsident Dr. Schacht ist am Montagvormittag 10.10 Uhr Ortszeit im Flugzeug in Ankara eingetroffen. Er wurde auf dem Flugplatz von Vertretern türkischer Behörden empfangen und begab sich anschließend in das Ankarer Palace-Hotel, wo er für die Dauer seines Aufenthaltes Wohnung genommen hat.

SLUB
Wir führen Wissen.